



Hochschulen

10/2019

Informationen der
Vereinten
Dienstleistungs-
gewerkschaft
Fachbereich 05

Diktat der „schwarzen Null“ bremst gute Lehre und Forschung aus!

Bereits im Mai hatten sich Bund und Länder auf mehrere Pakte geeinigt, die für die nächsten Jahre die Wissenschaftslandschaft wesentlich mitbestimmen werden. Seitdem laufen die Verhandlungen zwischen dem Land Baden-Württemberg und den Hochschulen/Universitäten. Dabei zeichnet sich ab, dass die Politik nicht dazu bereit ist, die nun verstetigten Gelder vom Bund durch ausreichend Bordmittel aus dem Landeshaushalt aufzustocken. Alleine um die jetzigen Studienplatzkapazitäten (damit auch die Qualität der Studienangebote!) halten zu können und sich den Herausforderungen von Digitalisierung, besseren Arbeitsbedingungen, Gleichstellung oder auch dem Hochschulbau stellen zu können, haben die Hochschulrektorinnen und Rektoren der baden-württembergischen staatlichen Hochschulen einen **Zusatzbedarf** von **mindestens 450 Millionen Euro pro Jahr** vorgerechnet. Da es dringend notwendig wäre, die Studienplatzkapazitäten deutlich auszubauen, ist die tatsächliche **Finanzierungslücke** und der **Investitions- und Sanierungsstau** im Hochschulbereich weitaus größer.

Im beschlossenen Entwurf des Wissenschaftsministeriums für den Doppelhaushalt 2020/21 sollen die Hochschulen und die Universitäten nach aktuellem Stand **gerade einmal zusätzliche 125 Mio. €** für das Jahr 2021 erhalten. **Mit dem geplanten Gesamtvolumen für den Hochschulbereich im Doppelhaushalt 2020/21 wird der seit 20 Jahren anhaltende Trend zur Unterfinanzierung der Hochschulen in Baden-Württemberg fortgeschrieben statt gestoppt!** Und das, obwohl die Wirtschaft Baden-Württembergs und auch die Steuereinnahmen stetig gestiegen sind und gute Bildung zentral für unsere Volkswirtschaft ist.

Was wäre die Folge dieser großen Finanzierungslücke? Es fehlen dann schlicht Mittel für die Schaffung neuer Studienplätze mit Erhalt der Studienqualität, berufliche Perspektive für die Beschäftigten (wie z.B. Mittel für bessere Eingruppierungen) sowie auch die dringend notwendige verbindliche Festlegung auf die Schaffung von mehr Dauerstellen für alle Beschäftigtengruppen an den Universitäten und Hochschulen. Letztlich werden im Ringen um die knappen Mittel die einzelnen betroffenen Gruppen weiter gegeneinander ausgespielt, statt dass gemeinsam für gute Lehre und Forschung gearbeitet wird. **Wir brauchen dringend ausreichend Investitionen in gute Bildung. Gute Lehre und gute und feste Arbeitsbedingungen in Lehre und Forschung gehören zusammen. Das sind vor allem auch Investitionen in die Zukunft des Landes! Es kann nicht sein, dass die Hochschulen kaputtgespart werden auf dem Rücken der Beschäftigten und Studierenden!**

Daher unterstützen wir den Protesttag der Studierenden am 30.10.19. Daher werden wir auch auf die Landtagsabgeordneten vor Ort zugehen, um auf die massiven negativen Folgen aufmerksam zu machen, bevor im Dezember die endgültige Beschlussfassung im Landtag erfolgt.

V.i.S.d.P.: Annelie Schwaderer, ver.di Landesbezirk Baden-Württemberg,
Theodor-Heuss-Str. 2/Haus 1, 70174 Stuttgart